

# Mittelsächsische

# LinksWorte

15. Dezember 2011

Nr. 51

5. Jahrgang



**Weihnachtszeit und erzgebirgische Weihnachtsstimmung auch im Landkreis Mittelsachsen !**

Ob es sich um die lustigen Schneemänner aus dem Hainichener Ortsteil Riechberg, die „langen Kerls“ aus Oederan/Gahlenz (oben), die Pyramide aus Eppendorf (unten Mitte) oder den vielleicht schönsten Schwibbobo des Erzgebirges in Sayda handelt: Überall werden in der Weihnachtszeit die Traditionen des Erzgebirges auch im Landkreis Mittelsachsen gepflegt. Die Bilder allerdings mussten wir alle unserem Vorjahres-Archiv entnehmen, als ein traumhaftes Winterwetter die gesamte Weihnachtszeit verschönte.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

aktueller Arbeitsstand:  
Die mittelsächsische LINKE und  
die Bildung

Kommunalpolitik aktuell:  
Die Sitzung des mittelsächsischen  
Kreistags vom 7. Dezember

Im Blickpunkt LINKER Politik:  
Neues Rundfunkgesetz mit  
massiven Mängeln

2 editorial & standpunkt  
 3 kolumne & „enttarnung als jammelappen“  
 4 **titelthema 1: bildungsschwerpunkte für aktionsprogramm**  
 5 kommunales für aktionsprogramm  
 6/7 **titelthema 2: kreistag vom 7.12.**  
 8 **titelthema 3: neues rundfunkgesetz**  
 9 kommunalpolitischer tag  
 10/11 unsere serie: episdoden aus der mittelsächsischen geschichte (7) leisnig und burg mildenstein  
 11 kreisvorstand & glückwünsche  
 12 termine & kaleidoskop

Die erste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ im Jahr 2012 erscheint in der Mitte der 03. Kalenderwoche. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 10. Januar. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**  
 Kreissparkasse Freiberg  
 BLZ: 870 520 00  
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
 Kreisvorstand Mittelsachsen

**Postanschrift der Redaktion:**  
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43  
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

**Layout, Satz und Fotos:** A • Bi • Te  
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,  
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

**Internet:** Die „LinksWorte“ werden im Internet unter [www.links-worte-mittelsachsen.de](http://www.links-worte-mittelsachsen.de) veröffentlicht. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende entgegen. Noch die letzten Adventstage, die Weihnachtsfeiertage, Silvester und Neujahr - und das neue Jahr 2012 hat uns fest in seinem Griff.

Für die LINKE geht ein sehr durchwachsenes Jahr 2011 zu Ende. Schwache Wahlergebnisse und viel innerparteilicher Zoff waren charakteristisch. Schließlich setzte der Programmparteitag mit seiner überwältigenden Zustimmung zum Parteiprogramm einen hoffnungsvollen Akzent. Am Abend des 18. Dezember kennen wir auch die Ergebnisse des Mitgliederentscheids zum neuen Parteiprogramm der LINKEN. Die Zustimmung der numerischen Mehrheit der Genossinnen und Genossen dürfte außer Frage stehen, viel mehr geht es um eine hohe Beteiligung und ein möglichst einheitliches Bekenntnis zu den im Programm zusammengefassten inhaltlichen Schwerpunkten.

Die mittelsächsischen LinksWorte starten in ihren sechsten Jahrgang, der Landkreis Mittelsachsen in seinen fünfnten. Es wird nochmals ein Jahr ohne Wahlen sein, in dem man seine Kräfte sammeln und bündeln kann, um für die dann folgenden Jahre gewappnet zu sein - vor allem inhaltlich.

Die Redaktion unserer mittelsächsischen LinksWorte wird alles daran setzen, auch weiterhin ein zuverlässiger Begleiter für den Kreisverband der LINKEN, die Kreistagsfraktion und die Ortsverbände zu bleiben, wobei wir durchaus noch Steigerungsmöglichkeiten in der inhaltlichen Gestaltung unserer Kreiszeitung sehen. Wie in unserer Oktober-Ausgabe angekündigt, werden wir im Juni ordentlich feiern, wenn die 200. Ausgabe der LinksWorte das Licht der Welt erblickt.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Redaktion der mittelsächsischen LinksWorte wünscht Euch/Ihnen ein paar besinnliche Weihnachtsfeiertage, einen guten Rutsch ins neue Jahr 2012. Möge der reife Herr mit seinem roten(!) Mantel und seinem weißen Rauschbart uns alle reich bescheren.

Vor allem aber wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern viel Glück im neuen Jahr.



zu den aktuellen naziumtrieben in der brd

von Ruth Fritzsche

Als eine noch lebende Zeitgenossin aus dem faschistischen deutschen Reich und aus der antifaschistischen DDR fühle ich mich veranlasst, zu den zur Zeit stattfindenden haarsträubenden Ereignissen mit den Neonazis einiges zu sagen. Die Frage stellt sich jedoch, wieso konnte dies geschehen.

Das Potsdamer Abkommen der drei Siegermächte (Sowjet-Union, USA und Großbritannien) besagte, dass all das, was mit dem deutschen Faschismus einhergeht, beseitigt werden muss und zu verbieten ist. Ich denke und übertreibe dabei überhaupt nicht, all das haben wir in der Zeit vom 9. Mai 1945 bis zum leider tragischen Ende der DDR konsequent getan. Nicht in den damaligen Westzonen und der späteren BRD, ganz besonders in der Adenauer-Ära. Nach kurzem Verkriechen der vieler Bonzen der Nazipartei (SS, Gestapo, Kriegsverbrecher, Lagerkommandanten der KZ, um nur einige zu nennen) krochen sie schon bald wieder aus ihren Mauselöchern. Da ihnen der Boden bei uns im Osten zu heiß war, verschwanden sie in die Westzonen, was ja damals ziemlich leicht war. Dort lebten sie unbehelligt.

Die Gründung der BRD Anfang September 1949 brachte es mit sich, dass Adenauer als Bundeskanzler - ein glühender Antikommunist - sich alle möglichen Nazigrößen in seinen Dienst holte. Erinnert sei an Globke - Hitlers Schreibtischmörder, Geheimdienstchef Gehlen, der nun wieder den Bundesnachrichtendienst führte, der KZ-Baumeister Lübke, der Bundespräsident wurde und viele viele andere Nazigrößen., z.B. die ehemaligen Diplomaten des Nazireiches in das Auswärtige Amt eingestellt wurden sowie Nazirichter wieder Recht sprechen durften.

Damit war auch klar, dass dies der BRD das Gepräge gab und unter dem Deckmantel der „Demokratie“ Naziparteien wiederum ihr Haupt mit Billigung der Behörden der BRD erhoben. . Erinnert sei an die Republikaner, die DVU und natürlich an die NPD, mit der wir es hauptsächlich im Osten zu tun haben, weil sie uns aus dem Westen überschwemmtten.

Diese konnten sich dort frech und anmaßend entwickeln, während die KPD, die am konsequentesten den antifaschistischen Widerstandskampf mit einem hohen Blutzoll zahlte, in dieser sich ach so demokratisch gebenden BRD bereits 1956 verboten wurde.

Wenn man gegenwärtig die einschlägigen gleichgeschalteten Medien verfolgt (natürlich gehört das ND nicht dazu) so bekommt man das kalte Grausen über diese Eierei der Bundes- und Landesbehörden, der Innenministerien, des Verfassungsschutzes und anderer einschlägiger Behörden. Dies hat sich zu einem Skandal ausgeweitet.

Für mich geht es daher nur darum: Die V-Leute sind aus der NPD und anderen nazistischen Vereinen abzuziehen, die NPD ist zu verbieten. Es sind alle zivilrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Demokratie gegen die neofaschistische Gewalt zu stärken.

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
unser monatlicher  
meinungsbeitrag

Der Volksentscheid zu Stuttgart 21 ist Geschichte – eine gute Geschichte, sollte man meinen. Zum Mindesten dann, wenn das Ergebnis nicht wieder umgedeutet wird. Einer, der grüne Ministerpräsident nämlich, setzt die guten Zeichen und bildet einen wohltuenden Kontrast zu seiner sich wild gebärdenden Partei.

Verloren hat zum einen eine andere Partei, die aus der Arroganz der Macht heraus glaubte, die Wähler nur noch als Manövriermasse benutzen zu könnten. Es denen zu zeigen, dürfte Motivation für viele Bürger gewesen zu sein. Verloren hat aber auch eine für die Wirklichkeit blinde Protestbewegung, die laut und militant auftretend sich für die Mehrheit der Bürger ausgibt. Eindeutig gewonnen hat eine Bürgerwehr, die deutlich machte: Was in dem Land geschieht, bestimmen immer noch WIR. Und wenn die Frage „Habt Ihr, liebe Bürgerinnen und Bürger, Bedarf an einem solchen Verkehrsprojekt?“ vor siebzehn Jahren gestellt worden wäre, wäre alles sachlicher, billiger und nicht spaltend abgelaufen. Wenn die Schweizer es fertig bringen, sich darüber zu einigen, ob man 56 Kilometer unter den Alpen einen Tunnel für die Eisenbahn durch den Fels schneidet, sollte das im Land von Daimler und Benz allemal möglich sein.

Das ganze Land kann erkennen, Demokratie ist etwas sehr Wertvolles und Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt. Wer denkt, dem Volk etwas aufschwätzen zu können, irrt gewaltig. Demokratie erfordert aber auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht in die Resignation flüchten. Demokratie erfordert aktive Bürgerinnen und Bürger, die mit Nachdruck und Ausdauer für ihre eigene Sache notfalls auf die Straßen und Plätze gehen.

Das offizielle Demokratieverständnis ist davon aber noch weit entfernt. Was uns als Demokratie verkauft wird, ist ein starres System von Vorschriften, Geschäftsordnungen, Satzungen und ähnlichem Kram, hinter dem sich die Strukturen der Verwaltung und der Politik verschanzen. Immer wird uns alles als „alternativlos“ dargestellt. Dabei ist dies Ganze nur ein Schutzwall, hinter dem sich die Mehrheit der Mittelmäßigen und Unfähigen verbirgt.

Den Mittelsachsen sei die Stadtfahrt Freiburg als Übungsbeispiel empfohlen. (mm)

Von Jana Lang,  
LINKE Stadträtin in Rochlitz

Vorab: Der Parteitag der CDU in Leipzig stand im Zusammenhang mit der in den Medien erscheinende Ankündigung, dass die junge Union samt ihrer vorpreschenden Zöglinge einen Antrag formulierten, der absurderweise im Zusammenhang stand mit den Greueln des Terrortrios aus Zwickau, nämlich SED-Symbole zukünftig zu verbieten.

Schon allein der hergestellte Zusammenhang bringt mich wortwörtlich auf die Palme. Umgehend tat ich meinem Unmut darüber kund und verfasste eine E-mail an die CDU-Bundestagsfraktion und meckerte drauf los. Ebenso bat ich höflichst darum, sich mit den wirklichen Problemen der Menschen an der Basis zu befassen. Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, dass Menschen in der ehemaligen DDR durch die herrschende Macht Unrecht widerfahren ist, nur frage ich mich ernsthaft, ob diesen Menschen mit derartigen Aktionen geholfen ist. Aber ich hatte eben das dringende Bedürfnis mir „Luft“ zu machen und schrieb mir meinen Ärger darüber von der Seele.

Kurz darauf erhielt ich sogar eine Antwort, in welcher mir unmissverständlich klar gemacht wurde, dass ich aufhören sollte, ein „Jammerlappen“ zu sein, denn ich bilde mir doch wohl nur ein, dass die Menschen in unserem Land andere Sorgen hätten. Und das, wofür die Linke seit Jahren kämpfe, habe die CDU längst erreicht.

**Im Namen der CDU werde ich den Leserinnen und Lesern der LinksWorte jetzt mal erklären, was sie wahrscheinlich, genau wie ich, bis heute nicht verstanden haben:** Zukunftsängste sind vollkommen unbegründet. Es sind nur die Menschen, nämlich solche wie ich, die unser Land schlechter reden, als es in Wirklichkeit ist. Laut CDU kann durchaus die Mehrheit der Bevölkerung von ihrem Einkommen leben. Und wenn die Minderheit das nicht kann, tritt der Sozialstaat ein und fängt sie auf.

Verdammt, bin ich denn die Minderheit? Ja, meint die CDU! Was rege ich mich überhaupt auf. Man kann doch schließlich verlangen, dass jemand, der zwanzig Jahre arbeitet und zwei Kinder großzieht, die Hälfte seines Gehaltes allein dafür aufwendet, den dafür benötigten Kleinwagen zu unterhalten. Und was übrig ist, kann man für die Altersvorsorge verwenden, die man ja am Ende eigentlich überhaupt nicht braucht, denn man kann ja das Auto dann verkaufen. Muss

man aber nicht, denn es gibt ja den Sozialstaat! Der sorgt nämlich dann für uns!

Außerdem will ich das Auto auch behalten, weil die FDP kürzlich darüber nachgedacht hat, wie in anderen Ländern praktiziert, die Kennzeichen nicht mehr den Städten zuzuordnen, sondern mit Wunschnonymen zu versehen. Nun weiß ich wieder nicht, nehme ich Schatzi, Hasi oder Maudi. Spontan fällt mir LIN-KE ein. Aber da wird automatisch das ernstzunehmende Problem der FDP zu meinem, denn LIN-KE würden wohl zu viele wollen und die FDP gemeinsam mit der CDU entscheidet, dass ein Auto so nicht heißen darf.

Aber Eines ist gewiss: Wir sollten dankbar sein, dass es solche Parteien gibt, die die Probleme der Menschen in unserem Land erkannt haben und „bearbeiten“. Danke, liebe CDU und FDP! Ich bin so froh, dass es euch gibt!>

Am Ende dieses Schriftverkehrs behauptet mein Computer noch allen Ernstes, dass in dieser e-mail keine Viren enthalten sind.

der besondere buchtipp

Kürzlich erschien im Karl Dietz Verlag Berlin das Buch „In den Mühlen der Ebene“ von Dietmar Keller. Er war in der DDR Staatssekretär für Kultur und in der Modrow-Regierung Kulturminister. Dietmar Keller, 1942 in Chemnitz geboren, wohnt heute als Rentner gemeinsam mit seiner Frau Marlies (früher Deneke) im Niederwiesauer Ortsteil Lichtenwalde.



Keller galt bereits Ende der 70er Jahre unter Künstlern und Intellektuellen der DDR als Hoffnungsträger. Nach der politischen Wende setzte er sich in der PDS gemeinsam mit seiner heutigen Frau an verantwortlicher Stelle für eine radikale Erneuerung der Partei ein, scheiterte dabei und zog Konsequenzen. (hw)

wortmeldung für aktionsprogramm aus der arbeitsgruppe „bildung“

Auf Beschluss des Kreisvorstandes wird die Arbeit an einem auf inhaltliche Schwerpunkte gerichteten Aktionsprogramm der mittelsächsischen LINKEN weitergeführt. In der konstituierenden Kreisvorstandssitzung wurde Genosse **Lothar Schmidt**, Döbeln, für die Begleitung der Arbeitsgruppenarbeit verantwortlich gemacht. Anfang des Jahres 2012 findet eine gemeinsame Beratung mit den SprecherInnen der Arbeitsgruppen statt, auf welcher die weiteren Schritte vereinbart werden. Nach Wortmeldungen der Arbeitsgruppen „Kultur“ (Arbeitsgruppenleiter **Achim Grunke**, Freiberg) und „Kommunales“ (Arbeitsgruppenleiter **Rainer Eckert**, Geringwalde) kommt heute die Arbeitsgruppe „Bildung“ (Leiter **Michael Matthes**, Oberschöna) zu Wort. Außerdem veröffentlichten wir einen weiteren Standpunkt aus der Arbeitsgruppe „Kommunales“.

**Arbeitsgruppe „Bildung“**

von Michael Matthes,  
Leiter der Arbeitsgruppe

Zunächst einmal – es scheint nicht so einfach zu sein, eine langfristig angelegte Sache zum Laufen zu bringen. Der Arbeitsgruppensprecher saß zweimal (fast) allein in der „Weißen Taube“ in Hainichen-Cunnersdorf. Die Enttäuschung darüber, versetzt worden zu sein, wurde allerdings durch eine Kohlroutlade aus der Küche von Sieghard Knobels Ehefrau gemildert. Da dies auch ein drittes Mal drohte, gab es ein Treffen allein mit Ruth Kretzer-Braun. Das Nachfolgende ist also auf uns beider Mist gewachsen.

Die Überlegungen gehen davon aus, dass die schlimmsten Auswirkungen des jetzigen Schulsystems beseitigt werden müssen und dass gleichzeitig der Weg in ein Bildungswesen des 21. Jahrhunderts geebnet werden soll. Wichtigster Gesichtspunkt ist, dass unsere programmatischen Ansätze als Anleitung

zum Handeln dienen. Nur, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Eltern und Großeltern für Veränderungen einsetzen, wird der politische Druck erzeugt, der schließlich zum gewünschten Ergebnis führt. Natürlich ist das kein einfacher Prozess.

**Unsere erste Forderung ist:**

Die Schule befindet sich an einem Ort, der ohne Schulbus erreichbar ist. Unsere Kinder sind keine Gegenstände, die man in der Gegend herumfährt. Dieses Konzept ist bei der Bürgermobilisierung zur nächsten anstehenden Gemeindegebietsreform zu thematisieren. Die Realisierung unserer Forderung erfordert folgende Veränderungen gegenüber den jetzigen Zuständen: Innerhalb einer Gemeinde müssen Schul-Außenstellen zugelassen werden. Das bedeutet, nicht die Schüler fahren sondern die Lehrer. Zum Erreichen effektiver Klassenstärken ist jahrgangsübergreifender Unterricht möglich, d.h. Schüler zweier oder gar mehrerer Altersstufen werden in einer Klasse unterrichtet. Dazu gibt es erfolgreiche Modelle. Das hinderliche dreigliedrige oder in Zukunft zweigliedrige Schulsystem (weil die CDU dem Druck da schon nachgegeben hat) muss durchlässiger gemacht werden. Dazu erheben wir die Forderung, dass der Übergang von der Grundschule (oder wie sie auch immer heißen wird) in das Gymnasium effektiver als bisher gestaltet wird. Eltern erhalten die Freiheit zu

gangsjahr, in dem die Kinder, die später zum Gymnasium überwechseln, das Anpassungswissen vermittelt bekommen. Das wäre ein sinnvolles 13. Jahr auf dem Weg zum Abitur.

Das gegenwärtig starre Schulsystem, das auf eine bereits 200-jährige Geschichte zurückblickt, muss sich verändern, indem sich Zukunftsträchtiges durchsetzen kann. Dazu fordern wir, dass die staatlichen Schulen den staatlich anerkannten Ersatzschulen, dahingehend gleichgestellt werden, dass die Freiheit in der Unterrichtsgestaltung den staatlichen Schulen ebenfalls gewährt wird. Schließlich fordern wir, Kindertageseinrichtungen, Horte und Grundschulen unter eine Trägerschaft zu stellen. Damit werden wir der Forderung gerecht: Bildung beginnt im Kindergarten und setzt sich in der Schule fort.

Abschließend eine zutiefst humanistische Anliegen. Die Nationalsozialisten sortierten „lebensunwerte Individuen“ aus. Die CDU führt diese Politik mit den Sonderschulen fort. Wir fordern: Inklusion = Bildungsgechtigkeit.

**Grundsätze einer kindergerechten Schule**  
Allen Kindern gerecht werden – das heißt:

1. Kinder brauchen eine Schule, in der sich jedes Kind wohlfühlen kann, in der es nicht beschämt wird und unbeschädigt leben und lernen kann.
2. Kinder brauchen eine Schule, die ausgleicht, was Kindern in ihrer außerschulischen Umwelt an Geborgenheit und an Anregungen fehlt.
3. Kinder brauchen eine Schule, in der die tägliche Erfahrung von Verschiedenem und Gemeinsamem alle bereichert und die sie lehrt, im Gemeinwesen Schule fair miteinander zu leben. Also Kinder mit Handicap können durch Individualförderung erfolgreich unterrichtet werden.



Humanistisches Anliegen LINKER Bildungspolitik: Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Im Bild Kinder der Dr.-Lothar-Kreyssig-Schule Flöha mit ihrem Schulleiter, der Lehrerin und einer Einzelfallhelferin

bestimmen, nach welcher Klasse ihre Kinder auf das Gymnasium überwechseln. Sie bestimmen damit gleichzeitig über die Dauer des gemeinsamen Lernens. Um den Übergang reibungslos und vorteilhaft zu gestalten, fordern wir ein Über-

Wir wissen uns da eins mit dem fortschrittlichen Europa.

wortmeldung für aktionsprogramm aus der ag „kommunales“

**Arbeitsgruppe  
„Kommunales“**

von Rainer Eckert,  
Leiter der Arbeitsgruppe

**Kommunalfinanzen** bilden eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unseres Landkreises und der Gemeinden, die Infrastruktur, eine gesunde Wirtschaft und nicht zuletzt das Wohlbefinden der Bürger. Gegenwärtig sind nur wenige ostdeutsche Orte in der Lage, durch Steuern, Abgaben und Beiträge ihre Haushalte abzusichern. Die meisten Kommunen hängen am Tropf und sind auf Ausgleichszahlungen sowie Fördermittel angewiesen.

Dieses ungesunde Verhältnis gilt es zu ändern, denn von einer schrumpfenden, überalterten Bevölkerung sind künftig weniger Einnahmen zu erwarten. Viele Unternehmen haben ihren Sitz nicht hier - sie sind „verlängerte Werkbänke“ und zahlen Steuern woanders.

In absehbarer Zeit läuft der Länderfinanzausgleich aus - zum Nachteil unserer personell und materiell ausgesaugten neuen Bundesländer. Da müssen alle Alarmglocken läuten!

Heute ist die BRD Schuldenrekordhalter in der deutschen Nachkriegsgeschichte mit rund 1.707 Milliarden €. Dafür haben nachfolgende Generationen Zinsen zu zahlen, und diese Riesensumme ist zurückzuzahlen. Der Bund der Steuerzahler errechnete, dass die Gesamtverschuldung dieses Staates sich pro Sekunde von 474 € im Jahre 2008 auf 4.439 € im Folgejahr nahezu verzehnfacht hat. Nach Berechnungen der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Gesamtverschuldung des Bundes die 2-Billionen-Grenze im Jahr 2013 überschreiten. Es kann einem himmelangst werden, wenn für diese Schuldenlasten allein 38,9 Milliarden € Zinsen aufzubringen waren.

Dramatisch ist es demzufolge um die Finanzsituation der meisten Städte und Dörfer bestellt. Im Jahre 2010 dürften die Schulden aller deutschen Gemeinden auf 15 Mrd. € gestiegen sein. Dies wäre das höchste kommunale Defizit seit Bestehen der Bundesrepublik. Nur Phantasten glauben daran, dass der Staat angesichts des eigenen Finanzdesasters den Kommunen wirksam helfen kann.

**Wie lässt sich dies ändern?**

Unsere Partei DIE LINKE unterbreitete dafür Vorschläge mit Finanzierungsquellen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. So sank seit 1960 für die Reichen ihr Anteil der Ge-

winnsteuern von 35 % auf 12 % - während der Anteil der Massensteuern (Lohn-, Mehrwert- oder Mineralölsteuer) in diesem Zeitraum von 38 % auf 80 % hochgeschraubt wurde. Ursachen dafür finden sich u.a. in den Eigentumsverhältnissen. Ist es denn gerecht, wenn die reichsten 10 % der Bevölkerung mehr als 60 % des Gesamtvermögens besitzen - andererseits zwei Drittel der Erwachsenen über kein oder nur sehr geringes Vermögen verfügen?

**Grundlagen:**

In der sächsischen Landesverfassung ist ein garantierter kommunaler Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung festgeschrieben. Damit sollte das Problem gelöst sein. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Staat hat sich seiner Einnahmequellen in den vergangenen Jahren selbst beraubt.

Für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen muss die herrschende Politik umgekehrt werden. Dazu ist es u.a. erforderlich

- wieder die Vermögenssteuer einzuführen und den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer zu erhöhen,
- die Erbschaftssteuer anzuziehen,
- eine Finanztransaktionssteuer einzuführen,
- die Kapitalertragssteuer anzuheben.

Die Kommunen sind an diesen Einnahmen über die Schlüsselzuweisungen sowie über den Gemeindeanteil der Einkommens- und der Umsatzsteuer angemessen zu beteiligen. Die Gewerbesteuer ist als einzige originäre kommunale Steuer zu erhalten.

Die Kreisumlage ist auf das Niveau von vor der Gemeindereform zurückzufahren. Mehrkosten sollen der Verursacher, nämlich das Land, tragen.

Eigene wirtschaftliche Unternehmen sind zu stärken, z.B. Bauhöfe, Krankenhäuser, Sparkassen ...

**Verwendung (Thesen):**

- sparsamer Einsatz der kommunalen Finanzen,
- Priorität nach sozialen Grundsätzen, tarifliche Vergütung der Angestellten, keine Auslagerung zu Lasten der Beschäftigten,
- keine Veräußerung von kommunalem Vermögen, das der Daseinsfürsorge dient, insbes. von Wohnungen, angemessene Verwendung für Jugendförderung und Kultur,
- Sicherung der Schulstandorte durch Schaffung der materiellen Voraussetzungen,
- Förderung des Vereinslebens und des Sports.

*Bemerkungen von Ruth Fritzsche zum Artikel des Genossen Michael Matthes zum Landesparteitag der LINKEN in unserer Novemberausgabe, Seite 4f.*

Im Gegensatz zu Genossen Matthes zeichnete Genosse Falk Neubert zur Kreisvorstandssitzung eine ganz anderes - positives - Bild.

Ich erkenne sehr gerne an, dass, als der Genosse Achim Grunke im Jahre 2009 nach 15 Jahren als Kreisvorsitzender nicht mehr kandidieren wollte, sich Genosse Matthes der Sache annahm und bereit war, sich für zwei Jahre als Kreisvorsitzender wählen zu lassen. Die Arbeit des Kreisvorstandes konnte somit kontinuierlich weitergehen.

Am 25. September 2011 wählten wir einen neuen Kreisvorstand mit Genossen Falk Neubert als neuen, jüngeren Kreisvorsitzenden. Der Kreisvorstand selbst wurde auch auf Wunsch von Genossen Matthes weiter verjüngt. Genosse Matthes jedoch, stellte sich aber nun mit 69 Jahren als stellvertretender Landesvorsitzender zur Wahl, was meiner Auffassung nach mit seiner gewünschten Verjüngung des Kreisvorstandes ganz und gar nicht harmoniert.

Er wurde nicht gewählt, weil ein bedeutend jüngerer Genosse mit viel Sachkompetenz gerade in der jetzt beendeten Programmdiskussion durchaus als geeigneter bezeichnet werden muss.

Warum aber nun im Bericht des Genossen Matthes über den Landesparteitag diese für mich nicht nachvollziehbare Demütigung der Mehrheit der Delegierten :

- bei deren Haltung zu den „Sozialpolitischen Leitlinien. - da sie Kompromissen zustimmten - enthält unser erstes Parteiprogramm nicht auch notwendige „Kompromisse“
- beim Leitantrag nicht diese „unklaren und wirklichkeitsfremden Positionen.“ erkannt zu haben
- nicht zu erkennen, dass die Führungsqualität der Spitze des Landesvorstandes eine Zumutung ist.
- Die Wahl zu den Landesparteigremien nur eine Hin- und Herschieberei gewesen sei.

Was berechtigt Genossen Matthes zu solch böartigen Äußerungen z.B. über den Genossen Rico Gebhardt oder über die Genossin Antje Feiks. Die muss er doch meinen, wenn von der Führungsspitze gesprochen wird. Beide wurden aber mit rund 80 % bzw. 84 % in ihrer Funktion wieder gewählt. Nach der Version von Michael Matthes ist dies der Mehrheit der dummen Delegierten zu verdanken.

Glücklicherweise ist das, was z.B. Genosse Neubert und auch andere Genossinnen und Genossen vom Landesparteitag berichten völlig entgegengesetzt.

Nach denen werde ich mich richten.

die kreistagssitzung vom 7. dezember - dabei im mittelpunkt ein brisantes thema:

von Sabine Lauterbach,  
Mitarbeiterin der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag

**D**er Dezember-Kreistag 2011 war geprägt von einer Entscheidung. Wie sollen die SGB II-Empfänger künftig in unserem Landkreis betreut werden. Noch nie wurde im Kreistag Mittelsachsen über einen Tagesordnungspunkt so lange diskutiert, wie über diesen.

Bisher kamen im Landkreis beide Betreuungsmodelle zum Einsatz. Während sich der alte Landkreis Döbeln seinerzeit für die Optionskommune entschied, wählten die Kreise Freiberg und Mittweida die Variante über die Arbeitsagentur. Wir als LINKE sehen die Betreuung der Langzeitarbeitslosen prinzipiell nicht positiv und können uns NICHT mit Hartz IV identifizieren.

Seit zwei Jahren arbeiten wir als Fraktion an diesem Thema. Der Versuch die Betroffenen in die Entscheidungsphase einzubinden war trotz mehrmaliger Aufrufe, Kontakte etc. nicht gelungen. Für die Fraktion ist leider der Eindruck entstanden, das es die Betroffenen überhaupt nicht interessiert, durch welches Modell sie betreut werden. Eine gute bzw. schlechte Betreuung steht und fällt mit dem jeweiligen Mitarbeiter in der Dienststelle. Egal ob er bei der Kommune (Optionsmodell) oder dem Jobcenter (Arbeitsagentur) angestellt ist. Auch der Kreistag hat sich sehr ausgiebig mit diesem Thema befasst. Nachdem im Dezember 2010 keine Entscheidung getroffen werden konnte,

**Abstimmungsergebnis:**

	ja	nein	Enthaltungen
Antrag Fraktion Die LINKE: Status Quo beibehalten:	41	45	3
Antrag CDU-Fraktion: weiterführend zum Verwaltungsantrag:	65	16	10
Antrag der Verwaltung: künftig gemeinsame Einrichtung (ARGE):	48	39	3

te, hat man einen zeitweiligen Ausschuss für die Neuorganisation des SGB II im Landkreis einberufen. Dieser tagte kontinuierlich über das ganze Jahr. Weil auch abzusehen war, dass es diesem nicht möglich sein würde, ein entscheidungsrelevantes Ergebnis zu präsentieren, hat der Landrat eine Studie in Auftrag zu geben. Diese kostete nun auch Geld, welches man an anderer Stelle sinnvoller hätte einsetzen könne. Zudem ist das Zahlenmaterial nicht nur vom Landratsamt

arbeiter in einer der beiden Einrichtungen. Einige wenige andere interessierte Bürger waren sicherlich auch zugegen. Während der zwei-stündigen Diskussion zu diesem Thema gab es auch in den Besucherreihen so manche Diskussion auch Entsetzen über die Meinung einzelner Kreisräte. So hat der FDP-Kreisrat Härtel in seinem Redebeitrag den Langzeitarbeitslosen unterstellt, überhaupt Arbeit zu suchen. Seine Meinung, sich nicht ständig mit den ungeliebten, weil



Ein Bild aus dem Vorjahr - zur gleichen Zeit im Dezember: Ein herrlicher Blick vom „Dach des Landkreises Mittelsachsen“, dem 789 Meter hohen Schwartenberg. Im Tal die Gemeinde Neuhausen, nach eigenen Worten der schönste Fleck im Erzgebirge. Der Wintersport-Ort hat 3000 Einwohner und ist vor allem bekannt durch sein Nussknackermuseum, das Glashüttenmuseum des Erzgebirges und das Schloss Purtschenstein. Wenig geblieben ist von der einst blühenden Stuhlfertigung.

arbeitsintensiven Themen auseinandersetzen zu müssen, hat er ja bereits mehrfach im Kreistag kundgetan. Bleibt zu hoffen, dass die Wähler solch ein Gebaren zur nächsten Wahl noch in Erinnerung haben. Aber auch aus den Reihen der CDU gab es ausnahmsweise keine geeinte Meinung. Während der Fraktionsvorsitzende, Herr Damm, ziemlich emotionslos für die gemeinsame Einrichtung plädierte, gab der Kreisrat Lazaridis einen sehr stimmungsvollen Beitrag in Richtung Option.

zur Verfügung gestellt wurden. Das Landratsamt hat auch festgelegt welche Zahlen relevant zu sein haben. Und genau an den Ergebnissen dessen Auswertung ist der Vorschlag der Studie des PWC zu Stande gekommen.

Der Sitzungssaal war zum Kreistag sehr gut gefüllt, so gut wie noch nie. Nur wenige Plätze blieben leer. Aber wer waren die interessierten Gäste? Es waren mehrheitlich Mit-

In der Diskussion wurden der Verwaltung mehrere Änderungsvorschläge unterbreitet. So wollte die SPD-Fraktion den Beschlusstext komplett zu Gunsten der Option geändert haben. Die CDU-Fraktion hat einige gute Zusätze in den Beschlusstext eingearbeitet, deren Umsetzung zwar wünschenswert ist, jedoch hat man hier kaum einen rechtlichen Spielraum um die Forderungen durchzusetzen. Die Fraktion der LINKEN wollte eine Abstimmung zu diesem Thema aussetzen und

## das bevorzugte betreuungsmodell - option oder jobcenter - für betroffene von hartz IV

damit den Status Quo beibehalten. Dies war dem Ergebnis der Studie des PWC geschuldet. Beide Einrichtungen haben in dem untersuchten Zeitraum ordentlich, sogar außergewöhnlich erfolgreich gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt gearbeitet. Nun ist dies sicherlich zum Teil der heißen Entscheidungsphase geschuldet. Hoffen wir, dass auch in Zukunft weiterhin so erfolgreich gearbeitet wird. Her ein kurzer Auszug aus der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden, Jens Stahlmann:

„Diese Vorlage, über die wir hier heute entscheiden sollen wurde in den vergangenen Wochen emotionell diskutiert. Bis hin zur Übereifrigen Darstellungen von handelnden Personen. Dies lag aber auch daran, dass die Verwaltung keine einheitliche geschlossene Linie vertrat, man versteckte sich hinter dem Kreistag als „Herr des Verfahrens“ und am Ende hinter dem Gutachten von PWC. Dies war keine clevere Entscheidung Herr Landrat!

Ich habe eine große Anzahl von Briefen Schreiben E-Mails bekommen wo jeder der Meinung das richtige zu wissen Kunde tat.“

Auch der Vorwurf, dass die Kreisträte in dieser Sache sehr regional entscheiden würden, konnte nicht beobachtet werden. Die CDU-Fraktion war gespalten mit großer Mehrheit für die gemeinsame Einrichtung. Die SPD-Fraktion war fast geschlossen für die Option. Die FDP-Fraktion hat sich hingegen fast geschlossen für die gemeinsame Einrichtung entschieden. Die Meinung der freien Wähler waren sehr gespalten. Die der LINKEN Fraktion war mehrheitlich für die Option.

Einige Trends zum Abstimmungsverhalten sind der Tabelle oben links zu entnehmen.

### Somit werden künftig im Landkreis die SGB II-Empfänger von einer gemeinsamen Einrichtung der Arbeitsagentur betreut.

Nach dem Endergebnis „flüchteten“ die zahlreichen Gäste ungeordnet und lautstark aus dem Sitzungssaal, obwohl die Sitzung noch lange nicht zu Ende war und auch weitere wichtige und interessante Themen auf der Tagesordnung standen. Nicht einmal das letzte bisschen Respekt gegenüber dem Kreistag war zu ersehen. Am Ende der Sitzung waren gerade noch vier Gäste anwesend, drei davon Mitarbeiter der Fraktionen.

### Weitere Themen der Kreistagssitzung

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 wurde vorgestellt. Derzeit plant das

Landratsamt mit einer Kreisumlage in Höhe von 29,95%. Nach den stetigen Erhöhungen der Kreisumlage in den letzten beiden Jahren, dürfte diese neuerliche Erhöhung um fast drei Prozent heiße Diskussionen in den Städten und Gemeinden auslösen. Und sich hinter der Aussage zu verstecken, dass die Städte und Gemeinden ja höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen hätten, kann ich nicht gutheißen. Die Steuereinnahmen lassen sich nur sehr schwer schätzen. Von Mehreinnahmen kann man derzeit nicht ausgehen. Zudem sinken auch die Zuweisungen vom Land. So dass es vielen Städten und Gemeinden schwer fallen dürfte, ihre Haushalte auch noch mit einer steigenden Kreisumlage zu belasten.

Noch im September-Kreistag ging man von einem Fehlbetrag von 3 Mio. € aus. Dieser hat sich auf wundersame Weise auf nur noch ca. 10 Mio. € verringert. Begründung des Landratsamtes: Erschließung von Konsolidierungspotentialen und auch die Priorisierung von Investitionen. Auf gut deutsch: wir haben Einsparpotentiale in der Verwaltung nun endlich entdeckt und werden diese ausschöpfen, die Investitionen werden reduziert! Positiv ist zu sagen, dass der Kreis seine Zuschüsse für freiwillige Ausgaben wie beispielsweise, Kultur, Theater und Sport gegenüber 2011 nicht reduziert.

Unsere Fraktion wird sich in einer gesonderten Klausurtagung mit dem Kreishaushalt befassen. Dazu werden der Kämmerer des Landratsamtes, Herr Müller, sowie der Geschäftsereichsleiter Finanzen, Herr Höllmüller, eingeladen und der Fraktion Rede und Antwort stehen müssen.

Ein weiteres Thema des Kreistages war der **Breitbandausbau im Landkreis Mittelsachsen**. Dieser wird sich kostenneutral auf den Kreishaushalt verhalten, weil die finanziellen Mittel zu 90% aus verschiedenen Förderprogrammen und 10% direkt von den Städten und Gemeinden kommen. Der Landkreis übernimmt hier nur die Maßnahmeträgerschaft, weil durch die Bündelung eine bessere Verhandlungsposition besteht. Das ursprüngliche Angebot der Telekom (einziger Anbieter) belief sich auf 19 Mio. €. Bei dem geplanten Volumen von knapp 10 Mio. € musste dieses nachgebessert werden. Nach Ende der Verhandlungen konnten diese knapp 10 Mio. € erreicht werden. Unsere Nachfrage, ob sich an diesen Kosten noch etwas ändern könne, wurde von der Verwaltung verneint. Aussage Landratsamt: Es handelt sich um einen Festpreis.

Der Landrat strukturiert seine Verwaltung immer noch um. Dies wäre ein kontinuierlicher Prozess. Da er mit seiner Verwaltung arbeiten muss, sehen wir hier keinen Handlungsbedarf diesen Vor-

lagen nicht zuzustimmen. Jedoch muss kritisch bemerkt werden, dass eine konstruktive Arbeit unter ständiger Umstrukturierung sicherlich schwierig ist. Ein gutes Maß wäre hier angebracht.

Der **Beteiligungsbericht des Landkreises Mittelsachsen** hat n unserer Fraktion auch für etwas Unmut gesorgt. In der Vergangenheit gab es beispielsweise beim Pflegeheim Paudritzsch keine Hinweise, das sich das Unternehmen in Schwierigkeiten befunden hätte. Nun bekommen wir wiederum einen Beteiligungsbericht präsentiert, der einfach nicht schlüssig ist. So werden Zahlen einmal in absoluten Werten, ein anderes Mal in Prozenten angegeben. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gibt es hier einige Mängel. Wir haben den Landrat aufgefordert, diese künftig abzustellen. Wir als Kreisträte müssen mit diesem Papier arbeiten und Entscheidungen treffen. Dazu benötigen wir belastbares Zahlen- und Informationsmaterial.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den **Schlussbericht zur Prüfung der Jahresrechnung** des Landkreises Mittelsachsen vorgelegt. In diesem wurden mehrere Mängel, zum Teil auch grobe Nachlässigkeiten aufgezählt. Wir als Fraktion fordern deren Abstellung. Es kann nicht sein, dass der Landrat ständig umstrukturiert, und seine doch zahlenmäßig reichlich besetzte Verwaltung eine so große Zahl von offensichtlichen Fahler begeht. Spezielle Nachfragen unserer Fraktion brachten durch die Referatsleiter keine zufrieden stellenden Antworten.

Die Gebührenkalkulationen der Entsorgungsgebiete Mittweida und Döbeln sehen durchweg sehr gut aus. Die **Entsorgungsgebühren** können gesenkt werden. Dies ist zum Teil (Döbeln) durch die angesparten Rücklagen, die in die neue Kalkulation einfließen möglich. Die Rücklagen bleiben somit in der Region, was eine gute Entscheidung ist.

### Einladung

Die Kreistagsfraktion lädt für Mittwoch, den 11. Januar, zum Neujahrsempfang in die Geschäftsstelle des Landtagsabgeordneten Falk Neubert in die Weberstraße 30 in Mittweida ein. Nach dem erfolgreichen Neujahrsempfang im Vorjahr soll das zu einer Tradition werden. In lockerer Atmosphäre soll ein kleiner Vorausblick auf die kommenden Aufgaben der Fraktion geworfen werden.

## neues rundfunkgesetz trotz massiver mängel im sächsischen landtag beschlossen

Der Kreisvorsitzende der mittelsächsischen LINKEN, **Falk Neubert**, ist medienpolitischer Sprecher der LINKSfraktion im sächsischen Landtag. In unserer heutigen Ausgabe berichtet er über das neue, am 23. November im Landtag beschlossene **Rundfunkgesetz** und kommentiert es aus der LINKER Sicht.

Unsere Serie zu den qualifizierten Eckpunkten der LINKEN zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans von 2003 im Jahre 2013 aus der Feder von MdL **Jana Pinka** setzen wir in unserer Januarausgabe fort. Dann werden die **weiteren Bestandteile der sozialen Daseinsfürsorge im Mittelpunkt** stehen.

Die Chance, ein auf den Gebührenzahler bezogenes Rundfunkgebührenmodell zu schaffen, ist seit dem 23. November in Sachsen vorbei. Denn an diesem Tag hat der sächsische Landtag mit großer Mehrheit das neue Rundfunkgesetz beschlossen. DIE LINKE unterstützt zwar die längst überfällige Abkehr vom gerätebezogenen Gebührenmodell, hat aber den Gesetzentwurf abgelehnt, da er zu viele Mängel bzw. Kritikpunkte aufweist.

Die erste Schwachstelle ist die Erhebungsgrundlage. An die Stelle der Radio- und Fernsehgeräte treten nicht etwa die Rundfunknutzer, also die Zuhörer, Zuschauer und Internet-User, was zeitgemäß wäre, sondern die Räume, in denen sich – vermutlich – Rundfunk- und Fernsehgeräte befinden. Aus der Gebühr für den Fernseher und den Computer zu Hause wird der Rundfunkbeitrag für die Wohnung. Aus der Gebühr für das Autoradio wird der Rundfunkbeitrag für Betriebsfahrzeuge. Aus der Gebühr für die Fernseher in Hotelzimmern wird der Rundfunkbeitrag fürs Hotelzimmer. Und an die Stelle der Gebühr fürs Radio und Computer in Büro, Werkstatt oder Ladenlokal tritt die Betriebsstätte.

Somit ist das im Ergebnis des Staatsvertrages vorliegende wohnungsbezogene Gebührenmodell nicht sachgerecht, da eine Wohnungsabgabe noch weniger mit der tatsächlichen Rezeption von Rundfunk zu tun hat als die vorherige gerätebezogene Abgabe. Vor diesem Hintergrund sind Ungerechtigkeiten und Probleme vorhersehbar. Wer beispielsweise alleine in einer 50-Quadratmeter-Wohnung wohnt, bezahlt genauso viel, wie die gut verdienende vierköpfige Familie in der 200-Quadratmeter-Wohnung. Und wer wegen seines Jobs eine kleine Zweitwohnung am Arbeitsort braucht, zahlt sogar doppelt, obwohl er weder finanziell besonders leistungsfähig ist, noch mehr Radio und Fernsehen hören und sehen kann.

Bis vor kurzem sollten auch die Besitzer von DDR-Gartenlauben, die größer als 24

Quadratmeter sind, die Rundfunkgebühr doppelt zahlen, obwohl diese Lauben laut Kleingartengesetz gar nicht als Wohnung genutzt werden dürfen. In diesem Punkt wurde inzwischen zurückgerudert, wie man aus einer Protokollnotiz der Konferenz der Staatskanzleien der Länder entnehmen konnte. Direkt festgeschrieben ist dies aber im Gesetz noch nicht und daher immer noch unklar, ob die Besitzer der Lauben doppelt zahlen müssen oder nicht.

Mit dem neuen Modell ergibt sich auch ein Datenschutzproblem, da eine Vielzahl der erforderlichen wohnungsbezogenen Daten noch durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) erhoben werden müssen. Insofern hat sich zu Recht ein Widerspruch der Datenschutzbeauftragten der Länder ergeben. Es handelt sich in der Praxis nämlich nicht um eine einmalige Datenerhebung, sondern um einen permanent fortzuführenden Datenerhebungsprozess. Nach Auskunft der GEZ rechnet diese mit circa 10 Millionen Woh-



Unser Autor Falk Neubert während einer seiner Reden im sächsischen Landtag

nungsumzügen pro Jahr. Dabei muss dann künftig bei der GEZ nicht mehr ein Rundfunkgerät angemeldet werden, sondern die neue Wohnung. Entweder durch den Betroffenen selbst oder durch den Vermieter. Letzteres ist an sich schon bedenklich. Was heißt das jetzt aber genau? Die GEZ wird zur zentralen Meldebehörde. Von den dezentralen Einwohnermeldeämtern unterscheidet sie sich insofern, als dass in den kommunalen Ämtern nur die Adressen gespeichert werden, bei der GEZ künftig jedoch die konkrete Wohnung. Nach und nach entsteht so ein zentralisiertes Wohnungsregister, in welchem erfasst wird, wer mit wem zusammen in einer Wohnung wohnt, wer mit wem zusammenzieht und wer

aus welcher Wohnung auszieht. Datenschutzrechtlich ist dies der Super-Gau.

Weitere Kritikpunkte sind die Abschaffung der Gebührenbefreiung für Menschen mit Behinderungen sowie die Gebührenerhebungsregelungen für Betriebsstätten. Letzteres hat die Wirtschaft zu Recht kritisiert. Insbesondere die Gebührenerhebung für Betriebsfahrzeuge ist weltfremd und führt zu deutlichen Mehrkosten, vor allem bei Klein- und Kleinstunternehmen. Eine Beitragserhebung nach der Leistungskraft der Unternehmen wäre gerechter gewesen.

Aus diesen Gründen hat DIE LINKE für ein nach dem Einkommen gestaffeltes personen- bzw. nach der Größe der Unternehmen bezogenes Gebührenmodell plädiert, da dieses hätte sozial gerechter geregelt werden können.

Denn genauso wie staatliche und kommunale Theater, Museen, Orchester und Zoologische Gärten sind öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Kulturinstitutionen, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen sollen und dann eben auch durch die Allgemeinheit – also durch uns alle – finanziert werden müssen.

**Der Gesetzentwurf hat aber das Ziel einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leider verfehlt.**

### Wir haben viel vor im Jahr 2012

von Peter Zimmermann, Freiberg

Ein weiteres arbeitsreiches Jahr ist Geschichte und, gerade beendet, beginnt auch schon die Vorplanung für das Jahr 2012. Ein ereignisreiches Jahr kündigt sich an, welches ich aus Sicht des Büros der Landtagsabgeordneten Dr. Jan Pinka beleuchten möchte.

Es wird auch im Jahr 2012 eine Sommertour geben. Wie im Jahr 2011 werden Jana und Falk gemeinsam diese Tour in der Zeit vom 27. August – 31. August 2012 bestreiten. Wir würden es uns wünschen, dass auch für diese Tour Vorschläge und Einladungen von Euch kommen würden.

Ein weiterer wichtiger Termin ist der Tag der Sachsen, vom 07. September bis 09. September, in Freiberg. Es wird die Landtagsfraktion und der Landesverband mit eigenen Ständen anwesend sein und wir alle, ob Ortsverbände oder Kreisvorstand sind angehalten, nicht nur im Vorfeld, sondern speziell an den drei Festtagen in Form von anwesenden Genossinnen und Genossen sowie aktiv an der Planung und Organisation mit zu wirken. Anlaufstelle und verantwortlich für Freiberg ist das Abgeordnetenbüro von MdL Jana Pinka.

Es wird regelmäßig und aktuell in den kommenden Linksworten über den Stand der Vorbereitungen berichtet werden.

von unserem Redaktionsmitglied  
Sabine Pester

**T**rotz der geringen Teilnahme von zehn Personen wurde am Ende der Veranstaltung am 3.12. in Siebenlehn eine positive Bilanz gezogen. Sowohl die Gäste als auch die Referenten waren mit dem Inhalt und den daraus sich ergebenden Debatten von dem vom Kommunalpolitischen Forum organisierten Kommunalpolitischen Tag sehr zufrieden.

Im ersten von vier Vorträgen wurde der Demographische Wandel diskutiert sowie die daraus folgenden Herausforderungen an die Kommunalpolitik. Der Handlungsbedarf ist groß, da die Geburtenrate in den letzten Jahrzehnten auf 1,4 zurückgegangen ist und die Bevölkerungsprognose für Sachsen einen Rückgang von 29% bis zum Jahr 2060 voraussagt. Mittelsachsen hat seit der Wende 13% seiner EinwohnerInnen verloren. Dietmar Rode aus den Kreis Meißen, stellte zu Beginn verschiedene statistische Plattformen vor, die für die Kommunalpolitik von Nutzen sein können. Neben dem Statistischen Landesamt, wo man viele Zahlen auf die Gemeinden heruntergebrochen finden kann, empfahl er auch den Demographiemonitor, welcher vor kurzem erschienen ist. Hier wies Falk Neubert aber daraufhin, dass dieser von der Bertelsmann-Stiftung herausgegeben wird und daher deren Angaben, wo Handlungsbedarf besteht und wo nicht, für uns als LINKE immer kritisch zu hinterfragen sind. Dietmar Rode machte deutlich, dass die Beschäftigung mit der Bevölkerungsentwicklung für KommunalpolitikerInnen enorm wichtig ist. Nur dann kann man genau entscheiden, welche Infrastruktur man in den Kommunen braucht und welche nicht. Es bringt am

Ende beispielsweise nichts, wenn man einen Supermarkt bauen lässt, aber in zwei Jahren in der Umgebung keiner mehr wohnt. Als Beispiel brachte er auch die Senioren- und Pflegepolitik an. In einer immer älter werdenden Gesellschaft müssen sich die Kommunen mit den Problemfeldern der steigenden Pflegezahlen sowie den fehlenden Fachkräften beschäftigen. Ebenso wie mit der steigenden Altersarmut, die sich auch bei den Kosten der Kommunen (Kosten der Unterkunft, etc.) niederschlägt, sowie den bisher meistens fehlenden Bestand an altersgerechten Wohnungen. Die Beschäftigung mit dem statistischen Material der Kommunen ist also eine (sehr interessante) Pflicht, um richtige Entscheidungen im Rahmen der Stadtentwicklungen zu treffen und die klammen Kassen der Kommunen vor unnötigen Ausgaben zu schützen.

**D**as zweite Referat drehte sich um Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte. **Patrick Pritscha** erläuterte zu Beginn warum es gerade in diesen Zeiten wichtig ist Bürgerbeteiligung zu fördern. Sowohl die Nichtbeachtung von den Wünschen der BürgerInnen als auch dass es aufgrund der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen so gut wie keine Spielräume mehr für politische Entscheidungen gibt, führt zu Politikverdrossenheit. Auf

der Seite der Bürgerinnen, aber auch auf der Seite der PolitikerInnen. Das Ziel der Bürgerbeteiligung ist es, diesen Widerspruch aufzulösen. Bürgerbeteiligung führt zu einer höheren Bürgerzufriedenheit und besseren Politikergebnissen, fördert das soziale Ehrenamt sowie die demokratische Willensbildung, und entlastet die kommunalen Haushalte. Letzteres passiert, indem nur das gemacht wird, was gebraucht bzw. gewollt wird. Die Formen der Bürgerbeteiligung können vielfältig sein: Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Mediationsverfahren, Bürgerversammlungen und -befragungen, oder die Einberufung von Beiräten. Als Beispiel für eine direkte Bürgerbeteiligung, die auch kleinere Kommunen leisten können, nannte Patrick Pritscha den Bürgerhaushalt. Es gibt verschiedene Variationen von Bürgerhaushalten (Modell Porto Alegre, Gemeinwesefonds, Privat-Öffentlicher Verhandlungstisch, etc.), aber durch diesen werden die BürgerInnen direkt in die Entscheidungsprozesse über die Verwendung der kommunalen Finanzen einbezogen. Die Organisatoren bzw. Verwaltung müssen im Nachgang Rechenschaft darüber ablegen, was von den Forderungen übernommen wurde und was nicht. Um es plastisch darzustellen, wie so was ablaufen könnte:



Die Kommune zahlt einen Betrag von ihrem Haushalt ab und lässt ihre BürgerInnen in einem längeren Zeitraum darüber diskutieren, was mit diesem Geld gemacht wird – ob eine Straße saniert wird oder ein Jugendclub erhalten bleibt. An den endgültigen Mehrheitsbeschluss wäre die Kommune dann gebunden. Dies ist nur eine Variante, aber ein Bürgerhaushalt ist auf alle Fälle eine gute Möglichkeit die BürgerInnen direkt in den politischen Prozess mit einzubinden.

**C**ornelia Ernst erläuterte im dritten Referat die Probleme, die mit der auslaufenden EU-Förderung auf Sachsen zukommen. Sachsen wird bis 2013 insgesamt 15 Milliarden € an europäischen Fördermitteln bekommen haben, da es ein Höchstfördergebiet war. Dies ändert sich nun. Zum einen macht die Finanzkrise nicht vor dem EU-Haushalt Halt und auch hier ist im Rahmen der Förderprogramme sparen angesagt. Zum anderen ist die EU mit den neuen Mitgliedsstaaten aus Osteuropa größer geworden. Der Fördertopf ist aber gleich geblieben und damit gibt es weniger Geld für Deutschland und Sachsen. Zudem ist man nur ein Höchstfördergebiet, wenn man unter 75% des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt. Da die neuen Mitgliedsländern den Schnitt nach unten gesenkt haben, fällt Sachsen ab 2014 aus diesem Fördermitteltopf raus. Hier wurde stark

diskutiert, ob einige Länder in der EU überhaupt sein dürften. Hier war man sich aber schnell einig, dass für uns als LINKE der Solidargedanke mit den ärmeren Ländern zählt und unser Ziel ist die Lebensstandards aller europäischen BürgerInnen auf ein gleich hohes Niveau zu heben, wie wir es jetzt schon in Deutschland haben. Einige EU-Staaten haben einen Vorschlag gemacht, wie man den EU-Haushalt sanieren kann und damit auch die Fördertöpfe nicht reduzieren muss. Bisher ist es so, dass alle Länder 1% ihres BIP an die EU abgeben müssen. Dies sollte jetzt auf 1,1% erhöht werden, was Deutschland aber bisher ablehnt. Zum Leidwesen der Projekte die bisher durch die EU gefördert werden und jetzt um ihre Zukunft bangen müssen. Ein weiteres Problem ist, dass die Fördertöpfe thematische Ziele bekommen sollen, was die Vielfalt der Projekte erheblich einschränken wird. So soll es für die EFRE-Mittel nur noch drei Themen geben, die gefördert werden, obwohl es hier bisher die größte Bandbreite an Themen gegeben hat. Beim ESF soll es 22 Ziele geben, aber pro Region nur 4 gefördert werden. Hier müssen die Kommunen und Länder (und damit auch unsere KommunalpolitikerInnen) in Zukunft ganz genau schauen was ihnen wichtig ist. Denn hier könnten viele Projekte und Strukturen, die uns wichtig sind und zum Teil oder ganz aus EU-Mitteln gefördert wurden in Zukunft wegbrechen.

**Z**um Schluss diskutierte **Achim Grunke** mit den Gästen zum Thema Kulturpolitik. Er betonte zu Beginn, dass Sachsen zu den bedeutendsten Kulturräumen Deutschlands gehört und hier bei allen Fraktionen ein weitreichender Konsens besteht, dies zu erhalten. Selbst Mittelsachsen will bei der schwierigen Haushaltslage nicht bei der Kultur sparen. Problematisch ist, dass mit dem neuen Kulturraumgesetz die Kulturräume teilweise zusammengelegt wurden. Der Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen ist der größte und dadurch ist es nicht möglich eine gemeinsame kulturelle Identität zu stiften. Wichtig für die linken KommunalpolitikerInnen muss es sein, dass nicht nur die kulturellen Leuchttürme ausfinanziert werden, sondern wir uns für eine Trägervielfalt sowie die Förderung von kleinsten und kleinen Projekten einsetzen. Zudem müssen wir dafür kämpfen, dass es nicht zu einem Ausspielen von Hoch- gegen Sozio- und Laienkultur kommt. Denn alle sind ein wichtiger Teil der Kommunen und gehören somit auch zur Daseinsfürsorge. Was für fast alle Anwesenden neu war, ist dass die Finanzierung von Kultur eine weisungsfreie Pflichtaufgabe der Kommunen ist und nicht, wie meistens angenommen, zu den freiwilligen Aufgaben gehört. Dass heißt, die Kommunen müssen kulturelle Einrichtungen bzw. Veranstaltungen zur Verfügung stellen, es ist aber ihnen überlassen in welcher Quantität und Qualität. Kultur ist somit eine weiche Pflichtaufgabe und kein „fünftes Rad am Wagen“ der Kommunalpolitik.

**Abschließend lässt sich sagen, dass der Kommunalpolitische Tag für alle Anwesenden sehr interessant sowie lehrreich war und für 2012 definitiv eine Fortsetzung geplant ist.**

teil 7: in der mittelalterlichen burgwardkette - burg leisnig, seit dem 14. jahrhundert mildenstein



Unser historischer Weg im nördlichen Mittelsachsen führt uns heute auf Burg Mildenstein und das Städtchen Leisnig. Damit sind wir - und das begleitet uns in den kommenden Ausgaben - beim Thema „Burgwardorganisation im obersächsisch-meißnerischen Raum“ angekommen. Als Burgward bezeichnet man lt. Wikipedia „ein Gebiet, in dessen Zentrum eine Burg (der Burgwardsmittelpunkt) mit Schutz- und Lehnfunktion für die umliegenden Dörfer“ stand. Die „Kette“ solcher Burgward zog sich dabei über Altenburg (siehe Teil 5), Rochlitz (siehe Teil 6) sowie Colditz, Leisnig und Döbeln weiter nach Osten bis zur von König Heinrich I. errichteten Burg Meissen. Gewissermaßen im Schatten der Burg Leisnig - später Mildenstein - entstand und entwickelte sich die Kaufmannsiedlung, das spätere Städtchen Leisnig. Selten sind die Grenzen zwischen dem Burg- und dem Stadtbezirk so eng benachbart, wie in Leisnig. Sind es doch vom Markt bis zur Burg nur wenige Schritte. Heute hat die Stadt Leisnig ca. 6.450 Einwohner und ist neben Burg Mildenstein vor allem durch den Riesenstiefel als Wahrzeichen der Stadt bekannt.

### Die Burg Leisnig - ein Geschenk an die Gemahlin des deutschen Kaisers Heinrich III.

Die Burg Leisnig - seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert nach einer zerstörten älteren Burganlage als Burg Mildenstein bezeichnet - wurde nachweislich bereits im 10. Jahrhundert errichtet und gehört damit zu den ältesten Burgen Sachsens. Erstmalige urkundliche Erwähnung fand sie im Jahr 1046. In diesem Jahr vermachte der deutsche Kaiser Heinrich III. die Burgen Colditz, Leisnig und Rochlitz in einer Schenkungsurkunde an seine Gemahlin Agnes.

### Kurze Geschichte der Burg Mildenstein in Leisnig

Schon vor der Errichtung von Burg Mildenstein im 10. Jahrhundert - das genaue Datum liegt im Dunkel der Geschichte - wurde der Bergsporn über der Freiburger Mulde in frühgeschichtlicher Zeit besiedelt. Im Jahr 1084 vergab Kaiser Heinrich IV. die Burg - inzwischen wieder Reichsgut - an Wiprecht von Groitzsch, des späteren Markgrafen von Meißen und der Lausitz. Aus der Zeit um 1100 stammt auch der älteste Teil der Burg, die romanische Burgkapelle St. Martini, benannt nach dem heiligen Martin von Tours. Im Jahr 1188 urkundete Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) in Leisnig, nachdem er ca. 30 Jahre zuvor die Burg und das Reichsgut

erneuert hatte.

Älteste bauliche Zeugnisse neben der im Mittelalter mehrfach umgebauten

des 12. Jahrhunderts) sowie der Bergfried in der Vorburg (1. Hälfte 13. Jahrhundert). Weitere bauliche Reste, z.B. im Bereich des jetzigen Tores, gehen auf das späte 12./frühe 13. Jahrhundert zurück. Vom romanischen Vorgängerbau sind nur noch Mauern im Turmuntergeschoss vorhanden.

### Burg Mildenstein als relativ bedeutungsloser Wettinischer Amtssitz

Unter Wilhelm I. (der Einäugige) dem Markgrafen von Meißen, wurde die Burg Mildenstein Ende des 14. Jahrhunderts für repräsentative Zwecke grundlegend umgebaut, später aber als Residenz nie genutzt und verblieb als wettinischer Amtssitz in relativer Bedeutungslosigkeit. In den Jahren 1706/1707 war Burg Mildenstein Aufenthaltsort des polnischen Gegenkönigs zum Wettiner August dem Starken, Stanislaw Leszczyński. Damit endete auch die historisch erwähnenswerte Geschichte von Burg Mildenstein. Später wurde sie als Amtsgericht, Gefängnis und für Beamtenwohnungen genutzt. 1890 begann die Nutzung der Burg durch den Leisniger Geschichts- und Altertumsverein.



Die Burg Mildenstein - auf einem Bergsporn hoch droben über der Freiburger Mulde - und der eindrucksvolle Rittersaal, neben der romanischen Kapelle und dem imposanten Bergfried die Hauptattraktion der Burg.

### Zum Städtchen Leisnig

Bereits vor Gründung der Burg Mildenstein dürfte im Tal der Freiburger Mulde (wo sich heute die Ortsteile Altleisnig und Trag-

Kapelle sind der im Inneren der Burg befindliche Bergfried (aus dem letzten Drittel

**kreisvorstand aktuell**

(Redaktion) Der Kreisvorstand der mittelsächsischen LINKEN kam am 14. November - nach Redaktionsschluss der Novemberausgabe der „LinksWorte“ - in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zusammen. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Entwicklung des Kreisverbandes der LINKEN bis in das Jahr 2016 unter Beachtung des effektiven Einsatzes der finanziellen Mittel für die politische Arbeit der Partei. Beschlossen wurde der Finanzplan für das Jahr 2013. Außerdem wertete der Kreisvorstand den Bundes- und Landesparteitag der LINKEN aus

Auch die Sitzung des Kreisvorstandes am 12. Dezember fand nach Redaktionsschluss für diese Ausgabe statt. Die Beratung wurde am 5. Dezember durch den geschäftsführenden Kreisvorstand vorbereitet. Im Mittelpunkt stand der gesamte Komplex der politischen Arbeit mit der Jugend. Im Landkreis Mittelsachsen hat die Jugendarbeit einen konkreten Namen: Linksjugend und linker Verein solid. Dazu nahm der Kreisvorstand eine umfassende Information vom Vorsitzenden der Linksjugend solid, Robert Sobolewski, entgegen, welcher auch Mitglied des Kreisvorstandes ist. Auf der Grundlage der Information über den Finanzplan von solid beschloss der Kreisvorstand, im Jahr 2012 die politische Arbeit von solid mit der Jugend mit einem Betrag von 2.400 Euro zu unterstützen.

Weitere Schwerpunkte der Sitzung des Kreisvorstandes waren Stand und Organisation des Mitgliederentscheids zum Parteiprogramm, die überarbeitete Finanzordnung des Kreisverbandes und die Vorbereitung des antifaschistischen Protestes gegen die Neonaziaufmärsche in Dresden am 13. Februar des kommenden Jahres. Der Kreisvorstand bestätigte den Terminplan seiner Sitzungen 2012 und verständigte sich über wichtige politische Termine im kommenden Jahr. Die Zusammenfassung der Aktivitäten erfolgt bis zur Sitzung am 9. Januar.

**nach - denkens - wertes**

Schrecklich immer, auch in gerechter Sache, ist Gewalt.

Friedrich Schiller

Der Mensch ist das einzige Wesen, das sich selber nicht gewachsen ist.

Hans Kudsuz

Wir leben nicht, um das Glück zu finden - wir leben, um es zu suchen.

Colette

**unsere jubilare**

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

Im Monat Januar 2012 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Herbert Erler	geb. am	02.01.1928,	in	Siebenlehn
Selma Hädrich	geb. am	03.01.1925,	in	Freiberg
Hildegard Ulitzte	geb. am	04.01.1928,	in	Waldheim
Albert Sittel	geb. am	05.01.1928,	in	Penig
Gunter Weber	geb. am	05.01.1931,	in	Halsbrücke
Gisela Zimmermann	geb. am	09.01.1931,	in	Waldheim
Helga Klaus	geb. am	14.01.1931,	in	Freiberg
Ingeburg Münch	geb. am	14.01.1930,	in	Lichtenau
Helmut Schenke	geb. am	15.01.1932,	in	Waldheim
Anna Matthes	geb. am	18.01.1919,	in	Waldheim
Anneliese Göpfert	geb. am	20.01.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Ilse Seidel	geb. am	21.01.1922,	in	Saalfeld
Werner Kunze	geb. am	21.01.1930,	in	Burgstädt
Marianne Fichtner	geb. am	21.01.1929,	in	Rochlitz
Heini Schmieder	geb. am	22.01.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Heinrich Schubert	geb. am	23.01.1926,	in	Freiberg
Hans-Gerd Karbe	geb. am	23.01.1937,	in	Döbeln
Helmut Löhrs	geb. am	23.01.1952,	in	Frankenberg
Dieter Ahlbrecht	geb. am	25.01.1932,	in	Freiberg
Karl Heinrich	geb. am	25.01.1930,	in	Freiberg
Liane Weinert	geb. am	25.01.1930,	in	Döbeln
Erhard Natzschka	geb. am	25.01.1926,	in	Waldheim
Hildegard Patza	geb. am	26.01.1929,	in	Lichtenau
Gertraude Kneip	geb. am	28.01.1926,	in	Königsfeld
Edith Mehnert	geb. am	28.01.1927,	in	Hainichen
Günter Woinke	geb. am	30.01.1930,	in	Rochlitz
Susanne Albrecht	geb. am	30.01.1924,	in	Burgstädt
Gerhard Voigtmann	geb. am	31.01.1927,	in	Augustusburg



Leisnig, auch „Stadt auf dem Berge“ genannt, ist mit dem Turm der Stadtkirche St. Matthäi schon von weitem zu sehen. Zwischen 1460 und 1484 wurde diese spätgotische Hallenkirche errichtet. Das Bild links zeigt den Blick aus der Burg auf die Kirche. Vom romanischen Vorgängerbau ist außer den Mauern des Turmuntergeschosses nichts mehr vorhanden. Rechts der Aufgang zur Burg Mildestein.

nitz befinden) eine slawische Siedlung bestanden haben. Ab 1084 befand sich Leisnig nebst Burg für 60 Jahre im Besitz von Wiprecht von Grotzsch, danach zehn Jahre im persönlichen Besitz von Kaiser Friedrich Barbarossa. Im Jahr 1286 wurde Leisnig als Stadt Liznich urkundlich erwähnt, hatte aber bereits 1228 einen

Markt. Im Zuge der Reformation spielte Leisnig eine Vorreiterrolle für ganz Deutschland. 1522 und 1523 hielt sich Luther in Leisnig auf. Im schweren Nachkriegsjahr 1946 feierte Leisnig mit seiner 900-Jahr-Feier als erste Stadt in der sowjetischen Besatzungszone nach dem 2. Weltkrieg sein Stadtjubiläum (hw)

## Terminvorschau

### Dezember 2011:

12. Dezember 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
13. Dezember 18 Uhr Beratung mit den Orts- und BO-Vorsitzenden  
Großschirma, „Am Tannenhof“ im Zellwald-Center
15. Dezember 18 Uhr Abschluss des Mitgliederentscheids zum Parteiprogramm  
der LINKEN
18. Dezember Auszählung des Mitgliederentscheids, Verkündung der Ergebnisse

### Januar 2012:

09. Januar 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
11. Januar 18 Uhr Neujahrsempfang der Kreistagsfraktion  
Mittweida, Weberstraße 30
15. Januar Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg  
Friedhof der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfeld
18. Januar 14 Uhr Erstes Mittwochscafé im Jahr 2012  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
18. Januar 18 Uhr Buchvorstellung „In den Mühlen der Ebene“ von Dietmar Keller (s.S.3)  
Rosa Luxemburg Stiftung Leipzig, Harkortstraße 10
27. Januar Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

# Cuba si

### Zum Stand der registrierten Abstimmungsunterlagen zum Volksentscheid per 6. Dezember

Der aktuelle Stand der Abgabe der Mitgliederentscheide per 06. Dezember im Landesvorstand betrug für den Kreis Mittelsachsen 41,77 Prozent (im Landesverband Sachsen 41,48 Prozent). Es wurde als sehr wichtig angesehen, dass in den verbleibenden Tagen bis zum 15. Dezember noch möglichst viele Abstimmungsbriefe abgesandt bzw. in den Ortsverbänden eingesammelt werden. Am 13.12.2011 (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) trafen sich die Vorsitzenden der Ortsvorstände und Basisorganisationen auf Einladung unseres Kreisvorsitzenden Falk Neubert in Großschirma. Dort wurden weitere Abstimmungsbriefe zum Mitgliederentscheid an den Landesvorstand eingesammelt und an den Landesvorstand weitergeleitet. Am 15.12.2011, 18.00 Uhr, war Abschluss. Bis dahin mussten alle Abstimmungsbriefe in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein.

Ruth Fritzsche

### kurz informiert in Wort und Bild



„80 plus x“ und jung wie eh und jeh!  
Ruth Fritzsche, der „gute Geist der Kreisgeschäftsstelle“, feierte am 1. Dezember den 85.



Hans Modrow in Chemnitz:  
Im brechend vollen Veranstaltungsraum des „Rothauses“ sprach er zur Lage in Russland vor den Duma-Wahlen



### Stippvisite im Landtag:

Die beiden LINKEN mittelsächsischen Landtagsabgeordneten Jana Pinka und Falk Neubert hatten am 5. Dezember eine Besuchergruppe aus Mittelsachsen zu Gast. Erst durfte man „Probesitzen“ im Plenarsaal, dann gab es eine Gesprächsrunde im noblen Landtags-Restaurant und zum Abschluss ein opulentes Abendessen.



Wir trauern gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Freiberg um unseren am 5. Dezember im Alter von 85 Jahren verstorbenen Genossen

### Werner Krumpfert

Werner Krumpfert engagierte sich jahrzehntelang für seine Partei. Nach der politischen Wende leitete er seit 1990 zuverlässig seine Basisgruppe der PDS bzw. LINKEN und engagierte sich besonders in der Senioren-AG. Wir werden ihm stets unser ehrendes Gedenken bewahren.

Wir trauern gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Flöha um unseren am 26. November im Alter von 91 Jahren verstorbenen Genossen

### Dr. Heinz Tschök

Heinz Tschök beteiligte sich trotz seines hohen Alters aktiv an den politischen Diskussionen und belebte sie durch sein hohes Wissen. Wir werden ihm stets unser ehrendes Gedenken bewahren.